



Delegiertenversammlung des Schweizerischen Bauernverbandes vom 30. November 2006

Nationalrat Hansjörg Walter, Präsident SBV

Es gilt das gesprochene Wort

*Liebe Delegierte des Bauernverbandes,
Geschätzte Bäuerinnen und Bauern,
Werte Gäste und Medienschaffende*

Zur Delegiertenversammlung des Schweizerischen Bauernverbandes begrüsse ich Sie sehr herzlich. Seit unserem letzten Treffen in diesem Saal hatten wir bewegte Zeiten. Vor allem – so stellte ich bei der Lektüre der Medien fest – hat sich die Situation der Landwirtschaft weltweit gesehen entscheidend verändert. Es zeichnet sich ab, dass wir von einer Überschusssituation in eine Phase der Verknappung kommen. So sinken beispielsweise weltweit die Getreidevorräte, was zu steigenden Preisen führt. Bereits wittern Finanzberater in Nahrungsmittelrohstoffen interessante Anlagemöglichkeiten für die Zukunft. Dasselbe gilt auch für nachwachsende Energieträger wie Zucker. Brasilien, der grösste Zuckerproduzent der Welt, verarbeitet über die Hälfte seiner Ernte in Ethanol, das als Treibstoff dient. Ganz generell habe ich den Eindruck, dass sich die Bürgerinnen und Bürger der entwickelten Länder im Moment mehr Sorgen um ihre Energieversorgung, als um die 850 Mio. hungernden Menschen auf dieser Welt machen. Sie befürchten eher, dass sie irgendwann das Auto nicht mehr tanken, als dass sie selber nichts mehr zu essen haben könnten. Diese Situation könnte sich aber in Anbetracht der weltweiten Entwicklungen und nicht zuletzt der Folge der zunehmenden Klimakatastrophen wie Hurrikans, Überschwemmungen, Dürren rapide ändern.

Seit unserer letzten Delegiertenversammlung haben sich auch unsere Arbeitsschwerpunkte verändert. Vor einem Jahr bewegten ein mögliches Freihandelsabkommen mit den USA sowie der angekündigte Abschluss der Doha-Runde unsere Gemüter. Um auf die damit verbundenen, verheerenden Auswirkungen für unsere Bauern aufmerksam zu machen, sind wir am 17. November 2005 zusammen mit 10'000 weiteren Bäuerinnen und Bauern in Bern auf die Strasse gegangen. Mit einem eindrücklichen Aufmarsch und ohrenbetäubendem Glockengeläut wollten wir Öffentlichkeit, Politiker und den Bundesrat wach läuten und die Folgen ins Bewusstsein rufen. Ich würde sagen, wir haben dies sehr erfolgreich gemacht, denn beide Themen sind momentan entweder ganz oder zumindest vorläufig vom Tisch. Nicht vom Tisch, sondern von spezieller Brisanz ist allerdings das dritte Thema unserer Kundgebung in Bern, die Agrarpolitik 2011.

AP 2011

Vor gut zwei Wochen hat die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Ständerates ihre Beratung des AP 2011-Paketes abgeschlossen. Das Resultat ist durchzogen und wir ziehen eine zwiespältige Bilanz. Die Signale, dass die Umlagerung der Marktstützung verlangsamt und wirkungsvolle Massnahmen zur Kostensenkung ergriffen werden müssen, sind in der WAK des Ständerates angekommen. Die Kommission will die Verkäsungszulage schrittweise und weniger schnell reduzieren sowie die Produktion von silagefreier Milch auch künftig fördern. Beim Zucker hat sich die WAK für eine Weiterführung des Leistungsauftrages ausgesprochen. Der Idee die Zollkontingente bei Kartoffeln zu versteigern, erteilte sie eine deutliche Abfuhr. Bei der Kostensenkung hat die Kommission ebenfalls ein klares Zeichen gesetzt: Parallelimporte von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln und Investitionsgütern sollen zugelassen werden. Die WAK hat damit gewisse Korrekturen im Sinne der Landwirtschaft vorgenommen und die sture Haltung des Bundesrates aufgebrochen. Mit diesen Korrekturen bleibt den Bauern mehr Geld im Portemonnaie.

Enttäuschend ist auf der anderen Seite, dass beim Zahlungsrahmen und im Pflanzenbau, ausser beim Zucker, keine Korrekturen vorgenommen wurden. Aber es ist noch nichts verlo-

ren! Wir halten auf jeden Fall an unseren Positionen fest. Die Agrarpolitik des Bundesrates ist nichts anderes als ein gross angelegtes Extensivierungsprogramm, das die produzierende Landwirtschaft schwächt. Dagegen wehren wir uns mit aller Kraft! Unser Kampf geht über mehrere Runden. Wir haben noch verschiedene Gelegenheiten Korrekturen anzubringen. Im Dezember wird die AP 2011 im Plenum des Ständerates behandelt. Wir sind deshalb zusammen mit den kantonalen Bauernverbänden daran, nochmals sämtliche Ständeräte von unserer Position und unseren Argumenten zu überzeugen. Unsere Strategie sieht vor, Hauptkorrekturen über die WAK Nationalrat im Januar und das Plenum des Nationalrates in der Frühlingssession einzubringen. Höchste Priorität hat dabei die Erhöhung des Zahlungsrahmens. Wichtig ist mir in Sachen AP 2011, dass der Schulterschluss in der Landwirtschaft nicht auseinander bricht. Nichts wäre so fatal, wie wenn wir anfangen, von verschiedenen Seiten an diesem Strick zu ziehen.

Avenir Suisse

An dieser Stelle möchte ich gleich bei einem weiteren aktuellen Thema einhaken. Letzte Woche hat die selbst ernannte Denkfabrik Avenir Suisse ihren neusten Streich veröffentlicht. Das 500 Seiten dicke Werk trägt den illustren Namen „Der befreite Bauer“. Es beinhaltet keine neuen Erkenntnisse und Lösungsvorschläge. Als Bauer kann ich über den „befreiten Bauern“ nachsichtig lächeln. Von was wollen uns diese Elfenbeinturm-Gelehrten, die wahrscheinlich noch kaum einen Fuss in einen Stall gesetzt haben, denn eigentlich befreien? Von Schutzzöllen, Stützungsgeldern und Exportsubventionen, die sie in ihrem Buch komplett abschaffen wollen? Von der Multifunktionalität, die sie jegliche Berechtigung absprechen? Oder von den Direktzahlungen, die in ihren Augen total uneffizient sind? Diese befreiten Bauern werden das erstens nicht verdanken und zweitens nicht überleben. Aber wahrscheinlich war das auch gar nicht das Ziel. Was ihre Untersuchung zur Wettbewerbsfähigkeit der vor- und nachgelagerten Sektoren anbelangt, kann ich nur von Zahlenakrobatik sprechen. Hier waschen sie diesen eine weisse Weste, in dem sie deren Anteil an der Preisdifferenz zur EU deutlich tiefer und jenen der Produzentenpreise deutlich höher angeben, als dies das Bundesamt für Landwirtschaft tut.

Wir behaupten nicht, dass die aktuelle Agrarpolitik ohne Fehl und Tadel ist. Es gibt durchaus Verbesserungspotential und wir sind bestrebt, dieses in Zukunft auch zu realisieren. Deshalb haben wir in unserem Tätigkeitsprogramm 2007 den Punkt „langfristige Ausrichtung der Agrarpolitik“ aufgenommen. Avenir Suisse kann sich also getrost anderen Bereichen, von denen sie hoffentlich mehr versteht, zuwenden.

Produzentenpreise

In den letzten Monaten stellte ich ausserdem fest, dass der ruinöse Preiskampf im Detailhandel gnadenlos weiter geht. Dass dies fast immer auf dem Buckel der Produzenten passiert, macht mich besonders wütend. Die Nahrungsmittel seien in der Schweiz so teuer, weil die Rohstoffe bei den Landwirten so teuer eingekauft werden müssen, liess die Interessengemeinschaft der Detailhändler vor wenigen Wochen verlauten. Von wegen! Wir könnten unsere Produkte kostenlos abgeben und die Nahrungsmittel in den Läden wären immer noch teurer. Dies muss klipp und klar gesagt werden! Der Anteil der Schweizer Landwirtschaftsrohstoffe an den Konsumentenausgaben für Nahrungsmittel beträgt gerade mal 14 Prozent. Anstatt die Landwirtschaft als Sündenbock hinzustellen, sollte dem Kostensenkungspotential der Verarbeitungsindustrie, Zwischenhändler und den Vermarktungsstrukturen der Grossverteiler mehr Beachtung geschenkt werden. Die hohen Kosten fallen hier an. Sonst liesse sich auch nicht erklären, warum die Konsumentenpreise seit 1990 um 15 Prozent gestiegen sind, obwohl die Preise für die landwirtschaftlichen Rohstoffe in der gleichen Zeit um 25 Prozent sanken. Zudem weise ich darauf hin, dass unsere Nahrungsmittel in Tat und Wahrheit günstig sind. Die Kaufkraft eines Zürchers ist um 33 Prozent höher, als jene eines Berliners. Und dies trotz des höheren Anteils von Billigdiscountern in Deutschland. Nahrungsmittel sind in der Schweiz also im Vergleich zum verfügbaren Geld keineswegs teuer und erst noch von bester Qualität!

Erneuerbare Energien

Wie ich eingangs erwähnt habe, hat die Frage der zukünftigen Energieversorgung weltweit neue Brisanz erhalten. Die instabile politische Lage in wichtigen Lieferländern sowie die sinkenden natürlichen Vorräte haben zu hohen Ölpreisen geführt. Zudem werden sich die Menschen und plötzlich auch die Regierungen immer deutlicher den schädlichen Auswirkungen des hohen Energieverbrauchs, sprich dem Klimawandel und der Erderwärmung, bewusst. Erneuerbare Energien werden dadurch doppelt attraktiv. Einerseits, weil sie dank den hohen Energiepreisen finanziell mithalten können. Und zweitens, weil sie CO₂-neutral sind. Es ist unser Ziel, diesen interessanten Markt auch für die Landwirtschaft zu nutzen. Wir wollen dabei nicht die Produktion von Nahrungsmitteln konkurrenzieren. Schliesslich wird auch in Zukunft, in der Reihenfolge der Bedürfnisse des Menschen, das Essen vor der Mobilität oder gar Luxusgütern kommen. Aber wir möchten die Rahmenbedingungen so gestalten, dass eine wirtschaftliche Energieproduktion in der Landwirtschaft möglich ist. Ich denke dabei insbesondere an Biogasanlagen, aber auch Solar- oder Windkraftwerke. Erste erfreuliche Beispiele wurden in den letzten Monaten ausgezeichnet. So konnte die Familie Aeberhard aus Barberêche den diesjährigen Solarpreis entgegen nehmen und das Windkraftwerk der Familie Aregger aus Entlebuch war für den agroPreis 2006 der Emmental-Versicherung nominiert. Ich gratuliere allen, die den Mut haben, ihre Zukunft mit solch innovativen Projekten an die Hand zu nehmen!

Internationale Entwicklungen

Nun noch ein paar Worte zu den Entwicklungen über unsere Grenzen hinaus. Wie ich eingangs erwähnt habe, hat die WTO ihr ehrgeiziges Ziel, im vergangenen Sommer die Doha-Runde abzuschliessen, verfehlt. Zu weit entfernt und damit unvereinbar erwiesen sich die Positionen der grossen Player USA, EU und die Gruppe der G20. Die Schweiz hat in der G10, eine Gruppe von Ländern, die bereits einen grossen Teil ihres Bedarfs importieren, federführend mitgewirkt. Dabei stand das Recht jedes Landes auf eine eigene Landwirtschaft zur Versorgung der eigenen Bevölkerung im Vordergrund. Nachdem die Amerikaner sich nun auf den Wahlkampf vorbereiten, ist es unwahrscheinlich, dass in den nächsten zwei Jahren in der WTO ernsthafte Gespräche aufgenommen werden. Das Scheitern der Doha-Runde ist für uns insofern gut, als dass kein Abschluss besser ist als ein schlechter.

Die multilaterale Krise hat aber auch Schattenseiten: Sie forciert bilaterale Abkommen. Diese sind für ein kleines Land wie die Schweiz riskant, da sie meist aus der schwächeren Position startet. Im selben Atemzug, in dem ein mögliches Freihandelsabkommen mit den USA begraben wurde, tauchte ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU praktisch aus dem Nichts an die Oberfläche. Dieses macht insofern mehr Sinn, als die EU unser wichtigster Handelspartner ist. Zudem sind ihre Produktionsvoraussetzungen den unsrigen zumindest in Teilen deutlich ähnlicher, als es in den USA der Fall ist. Entsprechend stürzten sich auch gewisse Landwirtschaftsvertreter hoffnungsvoll auf das Szenario eines Agrarfreihandels mit der EU als eine Art Befreiungsschlag. Ich möchte hier aber vor zu viel Enthusiasmus warnen: Unsere Berechnungen haben gezeigt, dass ein Freihandel mit der EU, im Fall von massiven WTO-bedingten Einbussen, gewisse Möglichkeiten zur Verbesserung bieten könnte. Sie haben aber auch gezeigt, dass mit weiteren erheblichen Einkommenseinbussen zu rechnen ist. Wir haben in unserem Land eine kleinstrukturierte Landwirtschaft mit höheren Produktionskosten als im Ausland und so lange diese sich nicht ebenfalls dem EU-Niveau anpassen, sind wir auf der Verliererseite.

Zusammenarbeit mit COPA-COGECA

Zudem ist es nicht so, dass die europäische Landwirtschaft sorgenfrei ist. Wir sind deshalb sehr gespannt auf die Ausführungen von Rudolf Schwarzböck, dem Präsidenten des Europäischen Bauernverbandes COPA-COGECA, der uns im Anschluss an unsere offiziellen Traktanden die Herausforderungen vorstellen wird. Herzlichen Dank, Rudolf, dass du den weiten Weg auf dich genommen hast! Die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Bauernverband ist immer eine „gefremde“ Sache. Das hat sich einmal mehr in der gemeinsamen

Pressekonferenz im Juli dieses Jahres gezeigt. Im Vorfeld der WTO-Ministerkonferenz haben wir auf einem Bauernbetrieb ausserhalb von Genf aufgezeigt, welche fatalen Auswirkungen der aktuelle Abbauvorschlag auf die einzelnen Länder der EU und der G10 hätte. Wir haben bei dieser Gelegenheit den Landwirtschaftsverantwortlichen der WTO einen Korb mit landwirtschaftlichen Spezialitäten aus diesen Ländern zusammen mit einer Deklaration überreicht. In dieser forderten wir das Recht jedes Landes für die eigene Bevölkerung Nahrungsmittel zu produzieren. Und ich glaube man darf sagen: Das war ein gelungener Anlass. Ich danke bei dieser Gelegenheit dem Europäischen Bauernverband für die wertvolle Zusammenarbeit.

Abschluss

Vor kurzem hat das Schweizer Fernsehen eine Umfrage gemacht und dabei die Bedeutung verschiedener Schweizer Institutionen untersucht. Vor der Post, der SBB, dem Bundesrat, dem Fernsehen, dem Parlament und vielem mehr steht an erster Stelle: Die Landwirtschaft! Das ist der beste Beweis für die Unterstützung und die Akzeptanz, die wir beim Schweizer Volk geniessen! Lassen wir unser Selbstbewusstsein also nicht von einzelnen, vernichtenden Medienartikeln schwächen, sondern konzentrieren wir uns auf das Positive!

Doch nun will ich nicht länger werden. „Wende dein Gesicht der Sonne zu und du lässt die Schatten hinter dir“, sagt ein afrikanisches Sprichwort. Beim Schreiben dieser Rede ist mir aufgefallen, dass wir zwar nach wie vor grosse Herausforderungen vor uns haben, aber das Licht am Horizont ist ebenfalls da. Packen wir sie an!